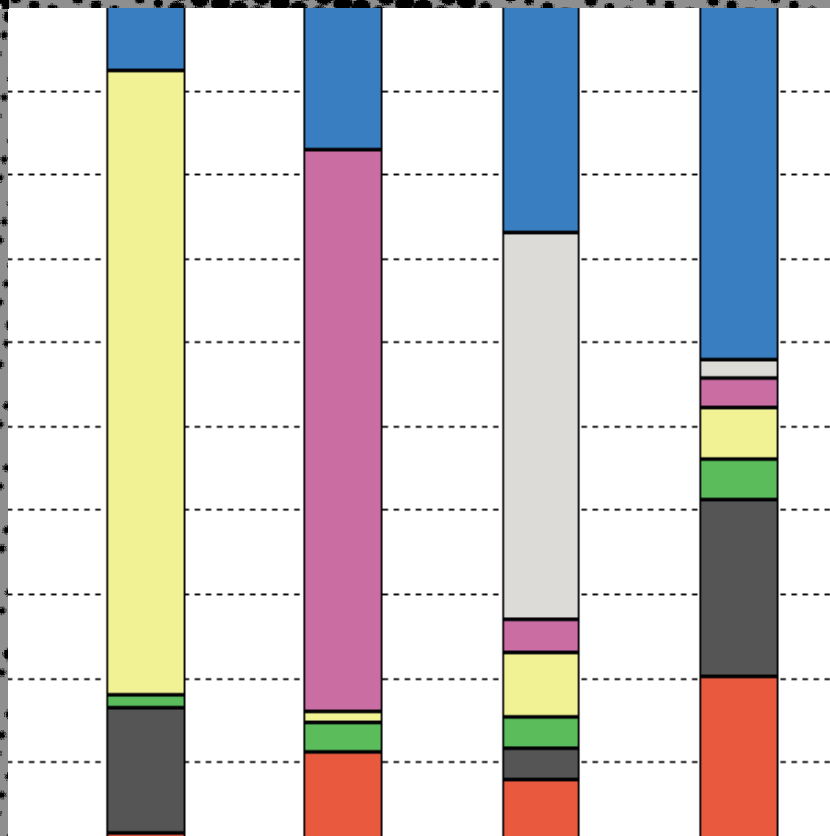


Oscar W. Gabriel
Kerstin Völkl

Die Bundestagswahl 2002: Erfolg in letzter Minute?





Bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 erlebten die Parteien und Wähler den knappsten Wahlausgang seit der deutschen Wiedervereinigung. Erst nach einem wahren Hochrechnungs-Krimi stand um Mitternacht fest, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und die Grünen die Wahl mit einer hauchdünnen Mehrheit gewonnen hatten. Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl hatten sich beide Parteien dafür ausgesprochen, im Falle eines Wahlsiegs das rot-grüne Regierungsbündnis fortzusetzen.

Das Wahlergebnis im Überblick

Ausschlaggebend für die Bestätigung der rot-grünen Koalition war vor allem das gute Abschneiden der Grünen. Sie konnten im Vergleich zu 1998 1,9 Prozentpunkte hinzugewinnen und wurden mit 8,6 Prozent erneut die drittstärkste Partei vor der FDP. Entgegen den ersten Hochrechnungen, die bis nach Mitternacht einen Gleichstand zwischen SPD und Union verkündeten, behauptete die SPD in Folge des Gewinns von vier Überhangmandaten¹ ihre Position als stärkste Fraktion. Allerdings mussten die Sozialdemokraten mit 2,4 Prozentpunkten deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen und erzielten mit 38,5 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen lediglich rund 6.000 Stimmen mehr als die CDU/CSU.

Auf der Basis der stabilisierten Hochrechnungen hatte sich der Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) am Wahlabend bereits zum Wahlsieger erklärt – vorschnell, wie sich herausstellte. Die CDU/CSU konnte zwar ihr Ergebnis von 1998 um 3,4 Prozentpunkte auf ebenfalls 38,5 Prozent der Stimmenanteile verbessern, musste sich aber dennoch mit dem zweiten Platz hinter der SPD zufrieden geben. Den weitaus wichtigsten Beitrag zu einem Ergebnis, das gegenüber dem historischen Tiefstand

von 1998 eine sichtbare Verbesserung darstellte, hatte die CSU geleistet. Sie verbesserte ihr Ergebnis in Bayern um 2,3 Prozentpunkte, während die CDU nur 1,1 Prozentpunkte zulegte.

Als einzige Partei erreichten die Grünen alle ihre Wahlziele. Sie belegten, wie schon vier Jahre zuvor, den dritten Platz vor der FDP, erzielten mit einem Stimmenanteil von 8,6 Prozent das beste Bundestagswahlergebnis seit 1980, errangen erstmals in ihrer Geschichte ein Direktmandat und trugen durch ihren Erfolg maßgeblich zur Wiederwahl der rot-grünen Koalition bei. Die FDP erzielte mit 1,1 Prozentpunkten leichte Gewinne und erreichte einen Stimmenanteil von 7,4 Prozent. Sie blieb aber weit hinter dem im Projekt 18 anvisierten Ziel von 18 Prozent zurück. Der große Verlierer der Bundestagswahl war die PDS. Sie scheiterte mit 4,0 Prozent der gültigen Stimmen unerwartet deutlich an der Fünfprozenthürde und verpasste den erneuten Einzug in den Bundestag. Allerdings erreichte sie zwei Direktmandate in Berlin (Abb. 1).

Oscar W. Gabriel / Kerstin Völkl ■
Die Bundestagswahl 2002: Erfolg in letzter Minute? ■

Bundesländern jedoch 3,8 und lag damit deutlich vor der SPD. In ihrer Größenordnung entsprachen die Gewinne der CDU/CSU den SPD-Verlusten. Das gute Abschneiden der Union in den alten Bundesländern ist in erster Linie auf das überlegene Ergebnis der CSU in Bayern zurückzuführen. Im Osten konnte die CDU nur geringe Gewinne verzeichnen und musste in absoluten Zahlen sogar Stimmeneinbußen hinnehmen. Das Wahldebakel der PDS war vor allem auf ihren Stimmenverlust in den neuen Bundesländern zurückzuführen. 4,7 Prozentpunkte an Stimmen gingen ihr dort im Vergleich zu 1998 verloren, wovon die anderen Parteien – insbesondere die SPD – profitierten. Ähnlich wie bei den beiden großen Parteien verhält es sich bei den beiden kleinen Parteien, Grüne und FDP, hinsichtlich ihres Abschneidens in den al-

ten und neuen Bundesländern. Während die Grünen in Ostdeutschland lediglich geringe Zuwächse verbuchen konnten, legten sie in Westdeutschland um 2,1 Prozentpunkte zu. Mit fast zehn Prozent der Stimmenanteile erzielten sie dort ein Rekordergebnis. Noch deutlicher tritt der Unterschied bei der FDP zu Tage, die im Westen nur 0,6 Punkte, im Osten jedoch 3,1 Prozentpunkte hinzugewann. Trotz der geringen FDP-Zugewinne im Westen hätte es dank des guten Abschneidens der Union für eine knappe Mehrheit von schwarz-gelb (48,7%) gegenüber rot-grün (47,9%) und damit für einen Regierungswechsel gereicht. Folglich liegt der Schluss nahe, dass der Wahlsieg von Rot-Grün durch das gute Ergebnis der SPD im Osten und das starke Abschneiden der Grünen im Westen zustande gekommen ist.

Vergleicht man das Ergebnis der Bundestagswahl 2002 mit den langfristigen Durchschnittswerten der Stimmenanteile der Parteien bei Bundestagswahlen, dann zeigt sich erneut das außerordentlich gute Ergebnis von Bündnis 90/Die Grünen (Abb. 2). Die Sozialdemokraten schnitten leicht überdurchschnittlich ab. Nach 1972 und 1998 gingen sie zum dritten Mal als stärkste Partei aus einer Bundestagswahl hervor. Die Liberalen erzielten in langfristiger Perspektive ein mäßiges Ergebnis und lagen geringfügig unter ihrem Durchschnittswert. Trotz der erzielten Stimmengewinne schnitt die Union bei der Bundestagswahl 2002 im Vergleich mit ihrem durchschnittlichen Ergebnis schwach ab. Immerhin gelang es ihr, den seit 1983 zu verzeichnenden Abwärtstrend zu stoppen. Für die PDS dagegen beendete die Wahl 2002 einen seit 1990 währenden politischen Aufstieg.

Wie sämtliche Bundestagswahlen seit 1990 zeichnete sich auch der Ausgang der Wahl des Jahres 2002 durch einen großen Ost/West-Unterschied aus (Abb. 1). Während die SPD im Westen 4,0 Prozentpunkte verlor, gewann sie im Osten 4,6 Punkte hinzu. Zudem fielen fast alle ostdeutschen Direktmandate an die Sozialdemokraten. Bei einem allerdings nur mäßigen absoluten Stimmenzuwachs konnte die SPD in Ostdeutschland die höchste Zuwachsrate aller Parteien für sich verbuchen. Mit einem Vorsprung von 11,4 Prozentpunkten vor der Union gingen die Sozialdemokraten in den neuen Ländern als klarer Sieger aus der Bundestagswahl hervor. Die Union legte im Osten nur einen Punkt zu, in den alten

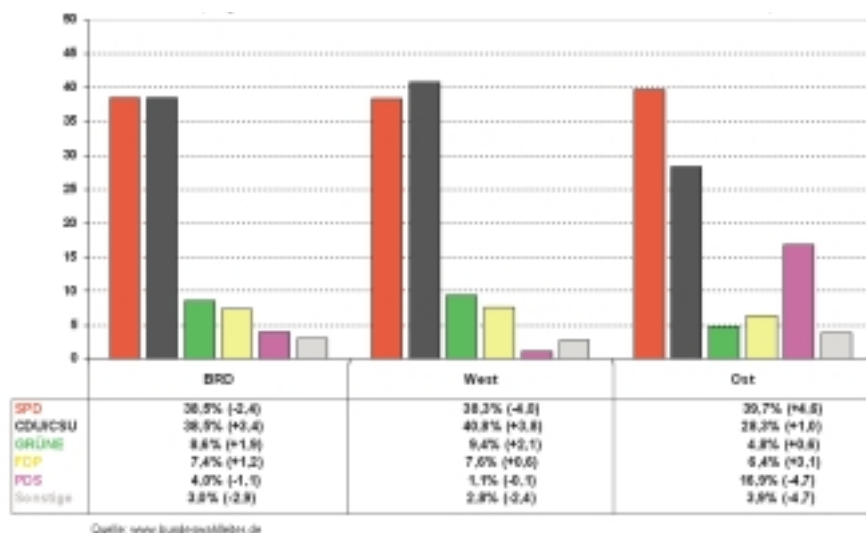


Abb. 1: Ergebnis der Bundestagswahl 2002 (Angaben: Zweitstimmenanteile in %; in Klammern Gewinne und Verluste).

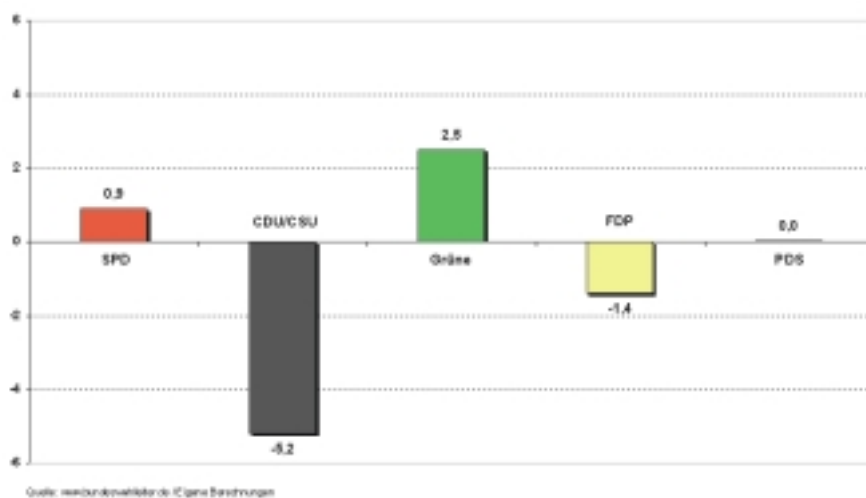
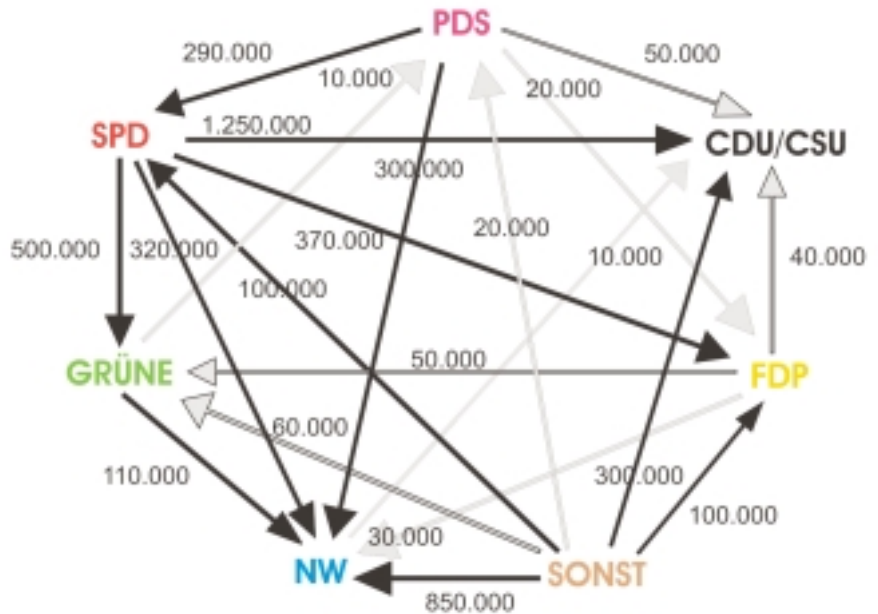


Abb. 2: Abweichung des Ergebnisses 2002 vom langfristigen Mittelwert.

Die Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap gibt genaueren Aufschluss darüber, welche Bewegungen zwischen den Parteien stattgefunden haben und hebt zudem die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland deutlicher hervor. Die stärkste Bewegung mit über einer Millionen Wählerstimmen vollzog sich zwischen den beiden großen Volksparteien (Abb. 3). Demzufolge sind die größten Nettogewinne der Union beziehungsweise die größten Nettoverluste der Sozialdemokraten auf die Rückwanderung oder die Abwanderung ehemaliger SPD-Wähler zur CDU/CSU zurückzuführen. Diese Wanderungsbewegung beschränkte sich fast ausschließlich auf die alten Bundesländer. Zusätzlich profitierte die Union von der Gruppe der sonstigen Parteien. Neben den Stimmenverlusten an CDU/CSU hatten die Sozialdemokraten auch starke Einbußen an die Grünen und die Liberalen zu verzeichnen. Vor allem im Westen haben die Grünen der SPD mit rund einer halben Millionen Wählerstimmen viele Regierungsanhänger abgeworben. Zudem wanderte ein beträchtlicher ehemaliger SPD-Wähleranteil in das Lager der Nichtwähler ab. Die einzigen deutlich sichtbaren Nettogewinne schöpfte die SPD aus der Gruppe der Ex-PDS-Wähler, was vor allem in den neuen Bundesländern eine große Rolle spielte. Offenbar konnten sich die Sozialdemokraten die Schwäche der PDS zu Nutze machen und ihr rund 300.000 Wähler abnehmen. Deutliche Zugewinne verzeichnete auch das Lager der Nichtwähler. Sie bekamen in erster Linie von den Wählern sonstiger Parteien Zulauf, ebenso wie von ehemaligen SPD- und PDS-Wählern, aber auch von Grünen-Wählern. Im Ost/West-Vergleich fallen neben den bereits erwähnten Unterschieden die Nettogewinne der Union in den alten Bundesländern sowie ihre Nettoverluste in den neuen Bundesländern jeweils aus dem Lager der Nichtwähler auf.

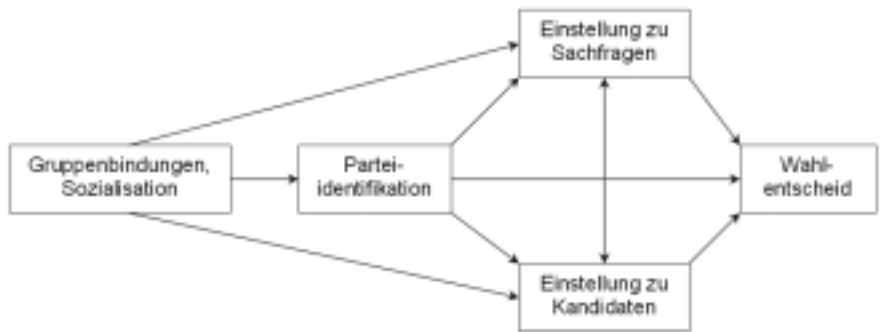
Die Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens

Bei einem Vergleich des Wahlergebnisses am 22. September 2002 mit den Umfragedaten der Monate Januar bis Juli 2002 wird deutlich, dass unmittelbar im Vorfeld der Wahlen ein deutlicher Stimmungsumschwung stattgefunden haben muss, der zu dem überraschenden Wahlerfolg von Rot-Grün geführt hat. Über die Ursachen dieses Vorganges wurden



Quelle: Infratest dimap

Abb. 3: Wählerwanderungen bei der Bundestagswahl 2002.



Quelle: Eigene Darstellung, nach Gabriel 2001: 236

Abb. 4: Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung.

mancherlei Spekulationen angestellt. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Erkenntnisse der Wahlforschung könnten zwei Faktoren besonders bedeutsam gewesen sein: Die Bewertung der Kanzlerkandidaten der beiden großen Parteien – insbesondere der Ausgang der Fernsehdebatte zwischen Bundeskanzler Schröder und seinem Herausforderer Ministerpräsident Stoiber – sowie die Veränderung der politischen Agenda in den letzten vier Wochen vor der Wahl. Wir wollen die Bedeutung dieser beiden Faktoren nachfolgend etwas genauer beleuchten und zu diesem Zweck ihren Stellenwert in wahlsoziologischen Erklärungsmodellen bestimmen.

Das wichtigste Konzept zur Erklärung des individuellen Wählerverhaltens stellt das von Campbell u.a. (1960) entwickelte sozialpsychologische Modell dar (auch: Ann-Arbor-Modell, Abb. 4). Es führt die Entscheidung der Wähler für eine be-

stimmte Partei auf ein Zusammenwirken von drei Variablen zurück, die langfristig wirksame (stabile) Parteiidentifikation sowie die kurzfristig wirksamen und veränderlichen Themen- und Kandidatenorientierungen. Weitere Einflussfaktoren wie die Position von Individuen in der Gesellschaft, die Angebotsstruktur des politischen Marktes, der institutionelle Kontext oder konkrete politische Ereignisse werden nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sie werden im Modell aber nur mittelbar, als Hintergrundfaktoren der drei zuvor genannten Größen, berücksichtigt. Das Ann-Arbor-Modell bildet die Grundlage der folgenden Interpretation der politischen Ausgangslage bei der Bundestagswahl 2002 und trägt dazu bei, den überraschenden Wahlausgang zu interpretieren.

prekäre Grundstimmung nicht negativer auf die Wahlaussichten von SPD und Grüne auswirkte. Hinzu kommt, dass die Wählerschaft der CDU/CSU traditionell die größere Problemlösungskompetenz auf dem Gebiet der Wirtschaft zuweist. Auf den ersten Blick waren die Voraussetzungen für die Union, die Regierung mittels eines Wirtschaftswahlkampfes abzulösen, äußerst günstig. Allerdings rückten im Laufe des Wahlkampfes neue Streitfragen wie der Irakkrieg und die Bewältigung der Flutkatastrophe in Ostdeutschland in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses (vgl. Roth/Jung 2003: 10). Zudem stuften die Anhänger der Regierungsparteien die Wirtschaftslage in Deutschland weniger negativ als die Anhänger von CDU/CSU und FDP ein (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2002: 41).

Anders als bei der wirtschaftlichen Lage, die bis zum Wahltag negativ wahrgenommen wurde, lässt sich bei der generellen Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung ein Stimmungsumschwung in allerletzter Minute feststellen. Von Beginn des Jahres bis August war die Unzufriedenheit mit der Regierung relativ groß. Weniger als ein Drittel der Bevölkerung war mit der rot-grünen Regierung zufrieden. Erst im September zeichnete sich ein deutlicher Umschwung im Meinungsklima ab und der Anteil der Zufriedenen stieg auf 41 Prozent an (Abb. 5).

Vor allem im Lager der SPD- und Grünen-Anhänger erklärten kurz vor der Wahl knapp drei Viertel, zufrieden mit der Regierung zu sein. Im Mai hatte nur jeder zweite Regierungsanhänger diese Auffassung vertreten. Sogar bei den Anhängern der Liberalen ist eine kurzfristig zunehmende Zufriedenheit sichtbar. Lediglich bei den Anhängern der Union und der PDS blieb die Stimmung eindeutig negativ. Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung stieg sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern von August bis September deutlich an (nicht abgebildet). Der zunächst vorhandene Vorteil der Union ging mit dem Näherrücken des Wahltermins verloren, denn offensichtlich vermochte es die CDU/CSU nicht, die Bürger davon zu überzeugen, dass eine von ihr geführte Bundesregierung, die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen könne als die amtierende rot-grüne Regierung (vgl. Graf/Neu 2002: 59f.).

Auf die Frage nach der gewünschten Zusammensetzung der Bundesregierung sprachen sich im Wahlmonat September 27 Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung der bestehenden Koalition aus, 26 Prozent votierten für eine bürgerliche Koalition. Beide Koalitionsoptionen fanden in der Wählerschaft einen gleich großen Anklang, jedoch bildete sich diese Konstellation ebenfalls erst unmittelbar vor der Wahl heraus. Im Frühjahr 2002

Die Entwicklung der Stimmungslage im Wahljahr

Fast in jeder Hinsicht befanden sich die SPD und die Grünen im Vorfeld der Wahl in einer ausgesprochen ungünstigen Ausgangslage. Im September 2002 schätzten die Bürger die aktuelle wirtschaftliche Lage äußerst pessimistisch ein. Die Hälfte aller Befragten beurteilte den Zustand der Wirtschaft als schlecht, weitere 46 Prozent gaben „teils/teils“ an und lediglich eine Minderheit von vier Prozent vertrat die Ansicht, die ökonomische Situation im Land sei gut². Bereits zu Beginn des Jahres 2001 hatte sich in der Sicht vieler Bürger die wirtschaftliche Lage verschlechtert, eine Einschätzung, die sich in der Folgezeit immer mehr verstärkte. Da aus der empirischen Forschung bekannt ist, dass die Bevölkerung dazu neigt, die amtierende Regierung für die allgemeine wirtschaftliche Lage verantwortlich zu machen, ist es überraschend, dass die Union die mit der beschriebenen Stimmungslage verbundene Chance nicht für sich nutzen konnte und dass sich die

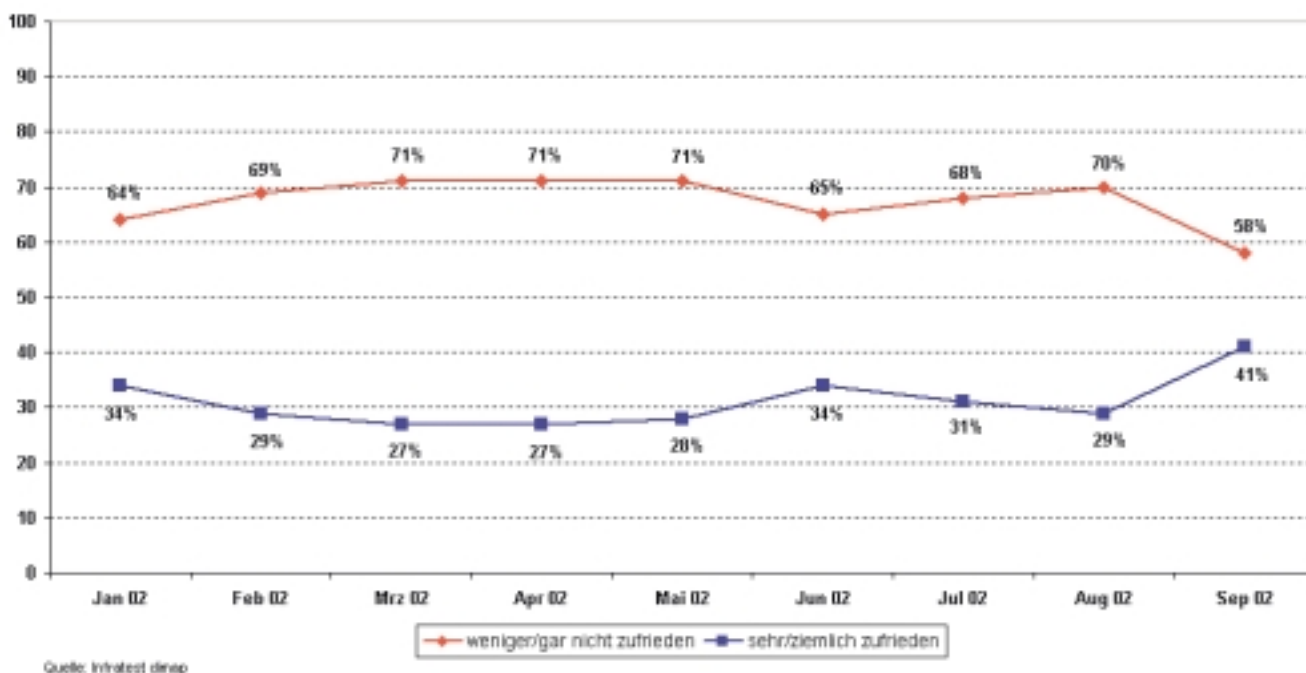


Abb. 5: Zufriedenheit mit der Bundesregierung in der BRD, Januar - September 2002.

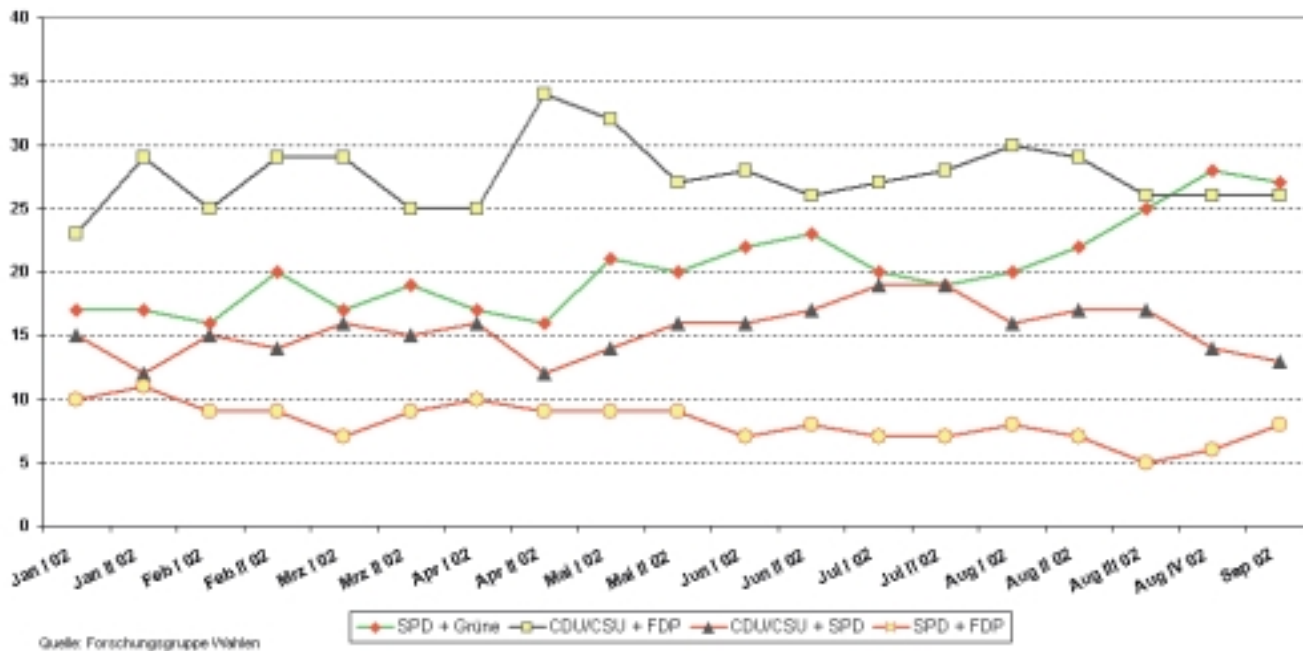


Abb. 6: Koalitionspräferenz in der BRD, Januar - September 2002 (Angaben: %).

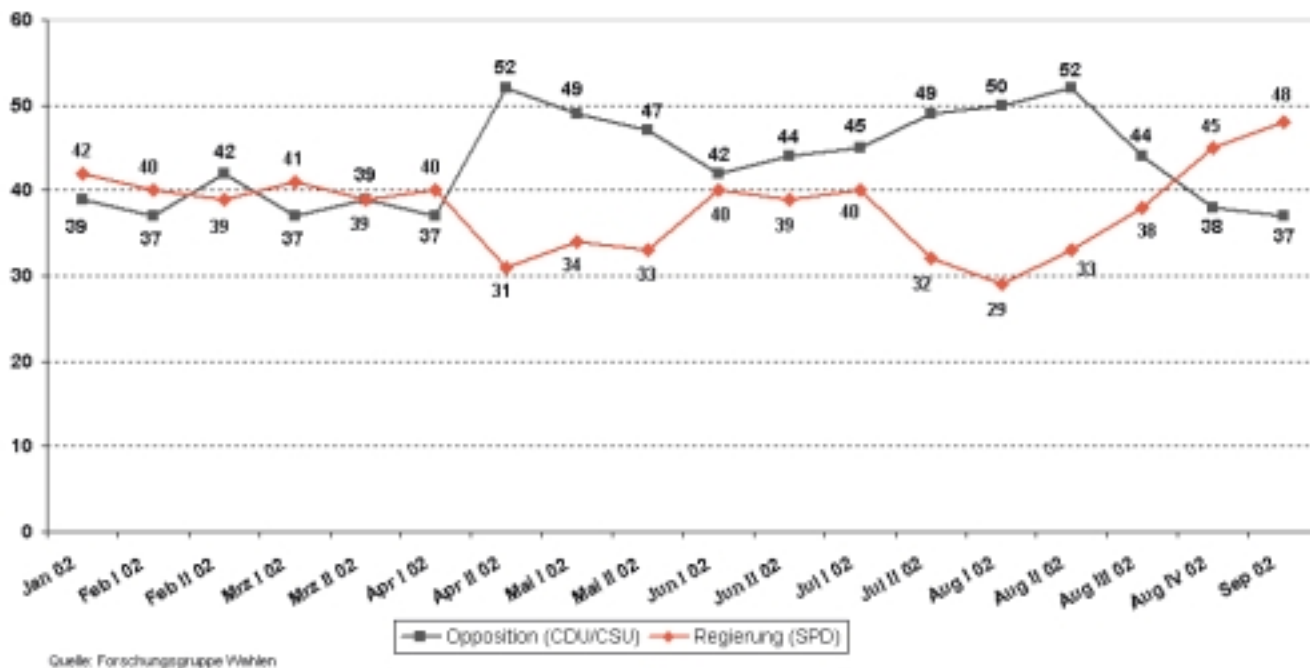


Abb. 7: Vermuteter Wahlsieger in der BRD, Januar - September 2002 (Angaben: %).

hatten sich knapp 20 Prozent der Bürger für die Fortsetzung der rot-grünen Koalition ausgesprochen und noch im Juli 2002 befürwortete ein ebenso großer Anteil der Befragten eine große Koalition. Keine Unterstützung fand in der Wählerschaft ein Bündnis aus SPD und FDP (Abb. 6).

Je näher der Wahltermin rückte, desto stärker setzte sich in der Wählerschaft die Überzeugung von einem Wahlsieg der Regierung durch. Bis Anfang April wurden der Opposition und der Regierung

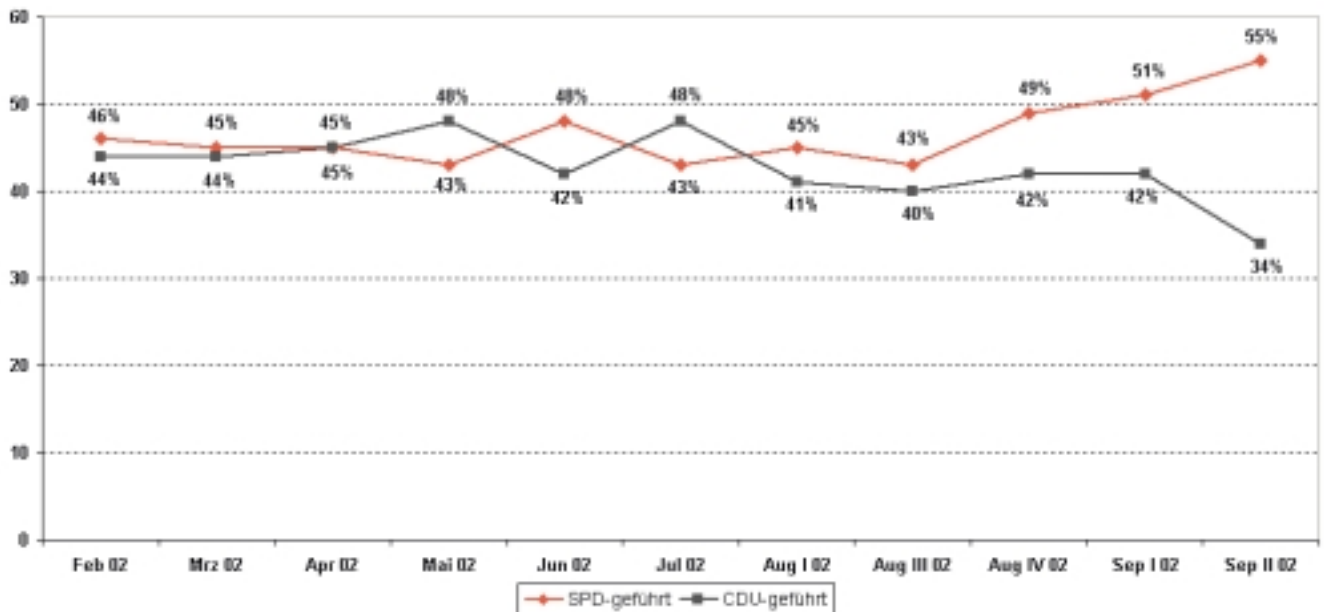
ungefähr die gleichen Erfolgsaussichten attestiert. Zwischen Mai und August wechselte die Stimmungslage nahezu monatlich, und ab Mitte August befand sich die SPD im Aufwind, mit dem Ergebnis, dass im September jeder zweite Wähler von einem Wahlsieg der Regierung überzeugt war (Abb. 7). Wie bereits bei der Zufriedenheit mit der Bundesregierung zu beobachten war, vollzog sich dieser Stimmungsumschwung unmittelbar vor der Wahl.

Wechselwirkungen ■
 Jahrbuch 2003 ■

den Wochen einen Vorsprung vor den Christdemokraten. Kurz vor der Wahl glaubten mehr als die Hälfte der Bundesbürger, die SPD würde die nächste Regierung führen (Abb. 8). Allerdings stellte sich diese Konstellation in den alten Bundesländern erst Anfang September ein, in den neuen Bundesländern bereits einen Monat früher. Kurz vor der Wahl lag die SPD bei dieser Frage im Osten um 33 und im Westen um 18 Prozentpunkte vor der Union.

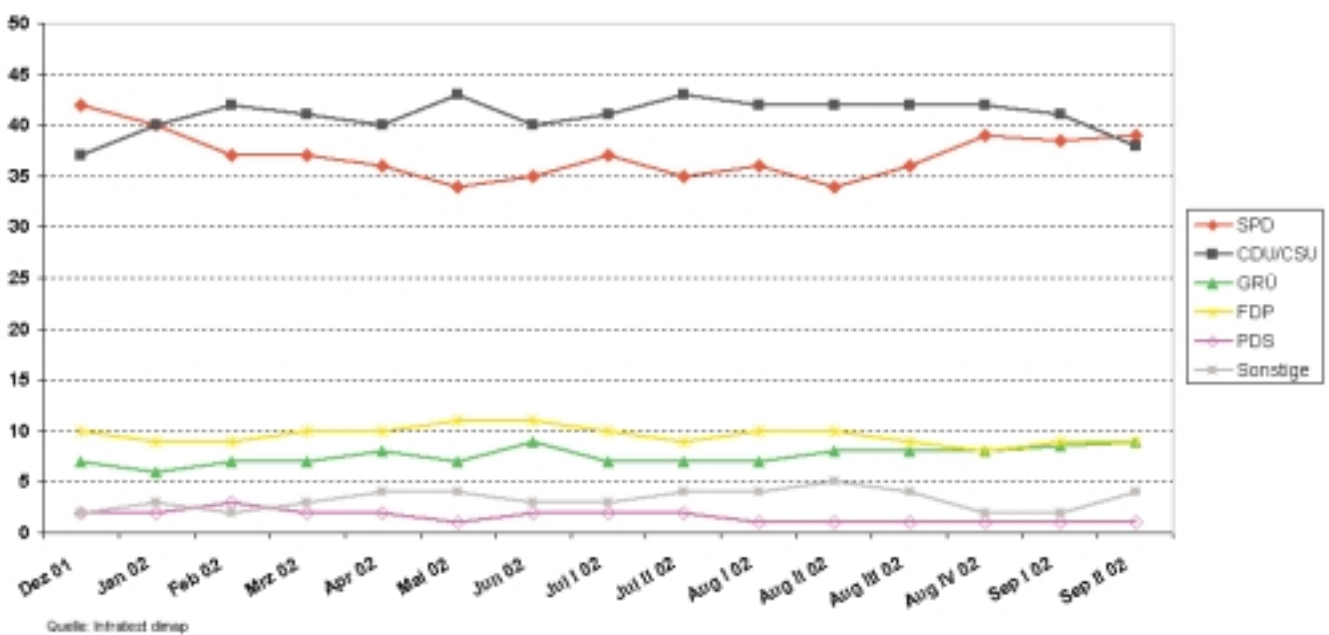
Diese Einschätzung blieb nicht folgenlos für die Wahlabsicht. Wie Abbildung 9a zeigt, hatte Rot-Grün bis Anfang September keine Mehrheit in Westdeutschland. Dasselbe trifft für Gesamtdeutschland zu (nicht abgebildet). Erst ein „Last Minute Swing“ kurz vor dem 22. September brachte der amtierenden Regierung erneut die Mehrheit bei der Bundestagswahl. Im Januar 2002 hatte die Union Edmund Stoiber offiziell zum Kanzlerkandidaten gekürt. Seit Februar lag die

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Frage, ob die nächste Bundesregierung von der SPD oder der Union geführt sein solle. Bis Mitte August lieferten sich die SPD und CDU/CSU bei dieser Frage ein Kopf-an-Kopf-Rennen, jedoch sicherten sich die Sozialdemokraten in den folgen-



Quelle: Infratest dimap

Abb. 8: Gewünschte Bundesregierung in der BRD, Februar - September 2002.



Quelle: Infratest dimap

Abb. 9a: Entwicklung der Wahlabsicht in Westdeutschland, Dezember 2001 - September 2002 (Angaben: %).

CDU/CSU in Westdeutschland stetig mit bis zu neun Prozentpunkten vor den Sozialdemokraten. Mit dem Näherrücken des Wahltages schmolz dieser Vorsprung allerdings dahin und unmittelbar vor der Wahl überholte die SPD die Union sozusagen auf der Zielgeraden in der Wählergunst. 39 Prozent der Bundesbürger hatten demnach vor, bei der nächsten Bundestagswahl die SPD zu wählen. 38 Prozent gaben an, der CDU/CSU ihre Stimme geben zu wollen. Damit war der Anteil potentieller SPD-Wähler seit Mai um fünf Prozentpunkte gestiegen, der Anteil der CDU/CSU-Wähler um den gleichen Wert gesunken. Das knappe Wahlergebnis deutete sich bereits in den Umfragen über die Wahlabsicht der Bürger an. In der letzten Umfrage vor der Wahl lag zwischen SPD und CDU/CSU lediglich eine Differenz von einem Prozentpunkt. Auch die potentiellen Koalitionspartner Grüne und FDP lagen im betrachteten Zeitraum relativ nah beieinander. Während die Liberalen bis Mitte August geringfügig besser abschnitten als die Grünen, konnten die Grünen im Wahlmonat zur FDP aufschließen. Das spätere Wahlergebnis, bei dem die Grünen in den alten Bundesländern knapp zwei Prozentpunkte vor den Liberalen lagen, war im Hinblick auf die Daten aus den Vorwahlumfragen überraschend.

Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die SPD erst in der Endphase des Wahlkampfes die Union knapp in der Wähler-

gunst überrunden konnte, zeichnete sich der Aufwärtstrend der größeren Regierungspartei in Ostdeutschland bereits seit Mai ab (Abb. 9b). Mitte Juli gab jeder dritte Befragte in den neuen Bundesländern an, bei der kommenden Bundestagswahl die SPD wählen zu wollen. Bis Mitte September stieg dieser Anteil auf 38 Prozent. Damit waren die Sozialdemokraten seit Juli die stärkste Partei im Osten. Die Union verbesserte sich im Laufe des Augusts nochmals geringfügig, stürzte allerdings kurz vor der Wahl in der Wählergunst von 33,5 auf 27 Prozent ab. Der Rückhalt der PDS in der ostdeutschen Wählerschaft ging von 26 Prozent im Januar 2002 auf 17 Prozent Anfang September zurück. Nach der letzten Umfrage im September beabsichtigten 4,7 Prozent der deutschen Bundesbürger, die PDS zu wählen (nicht abgebildet). Damit bestand im Vorfeld der Wahl keine Klarheit darüber, ob die PDS wieder in den Bundestag einziehen würde. Grüne und FDP spielten in den neuen Ländern eine eher untergeordnete Rolle, wobei es den Liberalen bei der Bundestagswahl 2002 gelang, verstärkt bei den Ostdeutschen zu punkten. Zwar konnten sie die im Mai gemessenen neun Prozent nicht bis zum Ende halten, aber immerhin wollten sechs Prozent der ostdeutschen Bürger kurz vor der Wahl der FDP ihre Stimme geben. Die Grünen verbesserten sich im Verlauf des Jahres von drei auf fünf Prozent minimal in der Wählergunst und blieben auch nach der Bundestagswahl in erster Linie eine Westpartei.

Die Einflussfaktoren des sozialpsychologischen Modells

Die Bewertung der Parteien

In fast allen westlichen Demokratien hängt die Wahlabsicht in erster Linie von der Parteiidentifikation ab. Als Parteiidentifikation bezeichnet man die langfristig stabile psychische Bindung eines Individuums an eine Partei (vgl. Campbell et al. 1960). Sie wird bereits frühzeitig, im Prozess der Primärsozialisation, erworben und bleibt im Normalfall im Erwachsenenalter erhalten. Nach Converse (1969) stabilisiert die wiederholte Stimmabgabe für eine Partei die Parteiidentifikation, während besonders einschneidende Veränderungen der persönlichen Lebensumstände von Individuen oder der politischen oder gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einen Wandel der Parteimitgliedschaft herbeiführen können. Je stärker sich eine Person einer Partei verbunden fühlt, desto wahrscheinlicher wird sie dieser bei einer Wahl ihre Stimme geben. Umgekehrt begünstigt eine fehlende Parteineigung die Nichtwahl oder die Wechselwahl. Bei den Nichtidentifizierern geben kurzfristige Themen- und Kandidatenorientierungen den Ausschlag für die Wahlentscheidung.

Auf Grund der unterschiedlich langen Wahlerfahrung der Bevölkerung Ost- und Westdeutschlands fällt der Anteil der Parteiidentifizierer in den alten Bundesländern deutlich höher aus als in den neuen

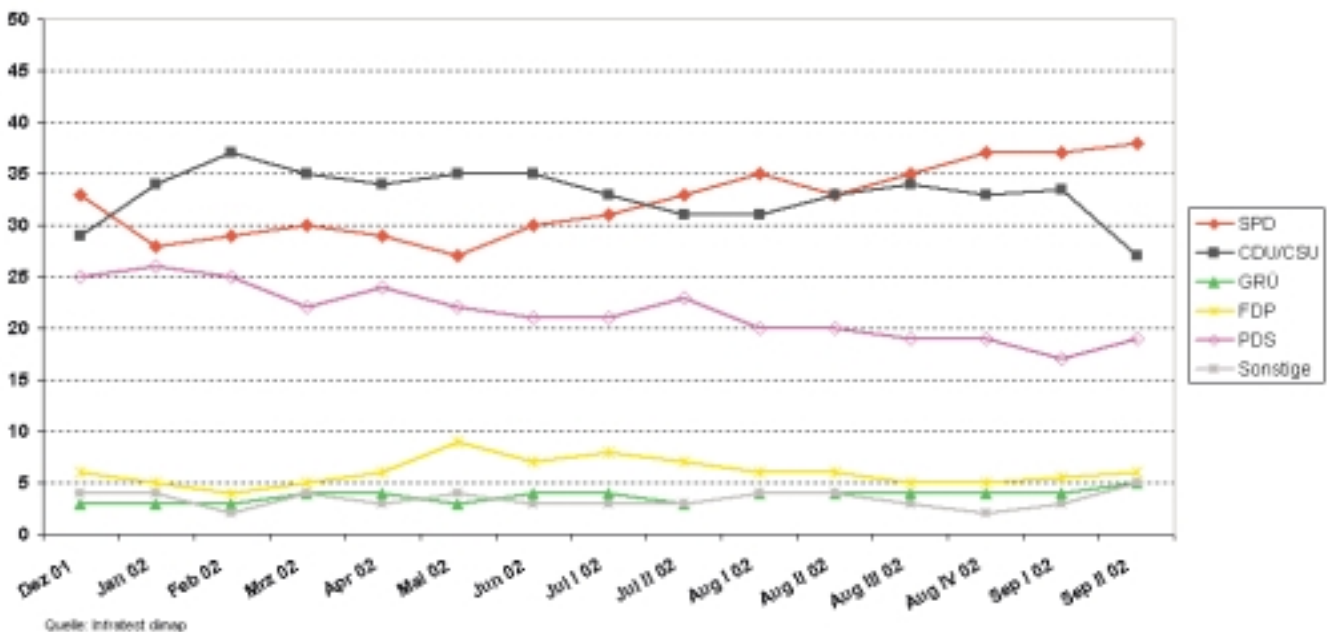


Abb. 9b: Entwicklung der Wahlabsicht in Ostdeutschland, Dezember 2001 - September 2002 (Angaben: %).

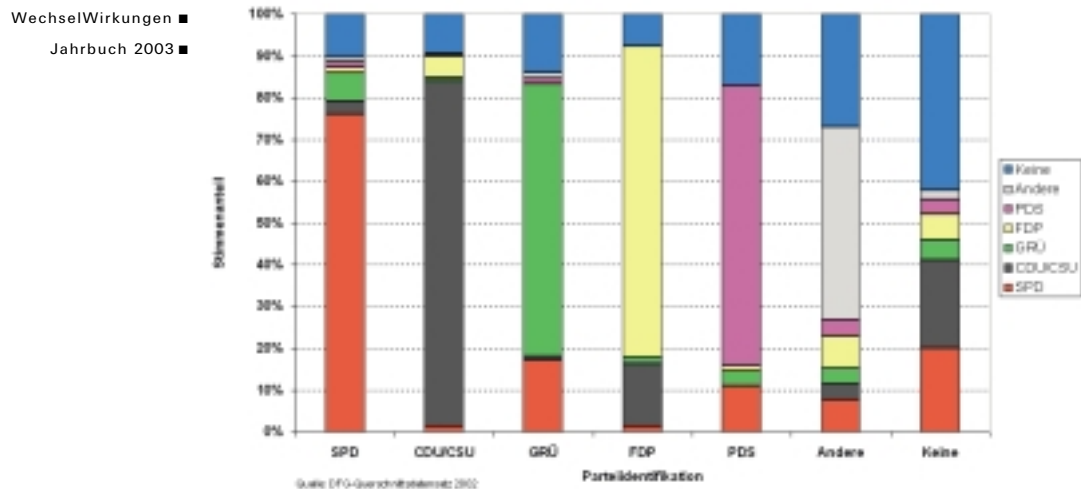


Abb. 11: Parteiidentifikation und Wahlabsicht in der BRD, 2002 (Angaben: %).

Bundesländern (Abb. 10). Während im Westen 29 Prozent der Befragten angaben, sich keiner Partei verbunden zu fühlen, waren es im Osten 44 Prozent. Insbesondere die beiden Volksparteien verfügen in Ostdeutschland über eine wesentlich kleinere Zahl „psychologischer Mitglieder“ (Converse 1969) als im Westen. Dafür neigen immerhin neun Prozent der ostdeutschen Befragten der PDS zu. Die festen Anhänger der Grünen und der Liberalen sind in beiden Landesteilen zahlenmäßig nur schwach vertreten. Schon diese Verteilung der Parteianhängerschaft in Ost- und Westdeutschland

liefert eine erste Erklärung für die im Osten wesentlich stärkere Bereitschaft zur Nicht- und Wechselwahl.

Die große Bedeutung der Parteiidentifikation für die Stimmabgabe bei Wahlen zeigt sich in Abbildung 11, die belegt, dass die breite Mehrheit der Parteiidentifizierer „ihrer“ Partei die Stimme gibt. Dies galt bei der Bundestagswahl 2002 insbesondere für die Anhänger der Union, von denen 83 Prozent erklärten, die

CDU/CSU zu wählen. Bei den Sozialdemokraten und den Liberalen lagen die Anteile mit drei Vierteln nicht wesentlich niedriger. Etwas schwächer ausgeprägt war die Neigung der Grünen- und PDS-Identifizierer, bei der Wahl für ihre Partei zu votieren (ca. 66%). Bei den Anhängern der beiden großen Volksparteien stimmte die Wahlabsicht demnach etwas stärker mit der Parteiidentifikation überein als bei ihren kleineren Koalitionspartnern.

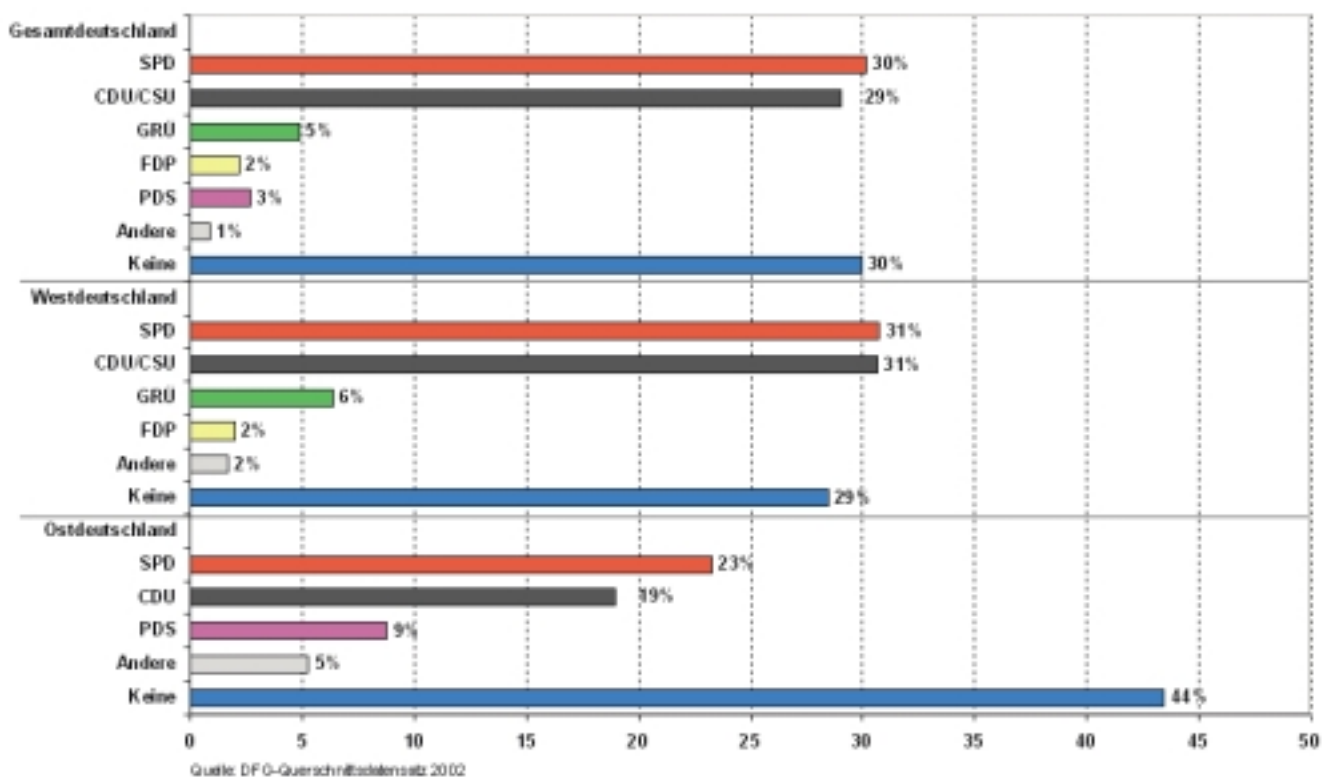


Abb. 10: Parteiidentifikation in Gesamt-, West- und Ostdeutschland 2002.

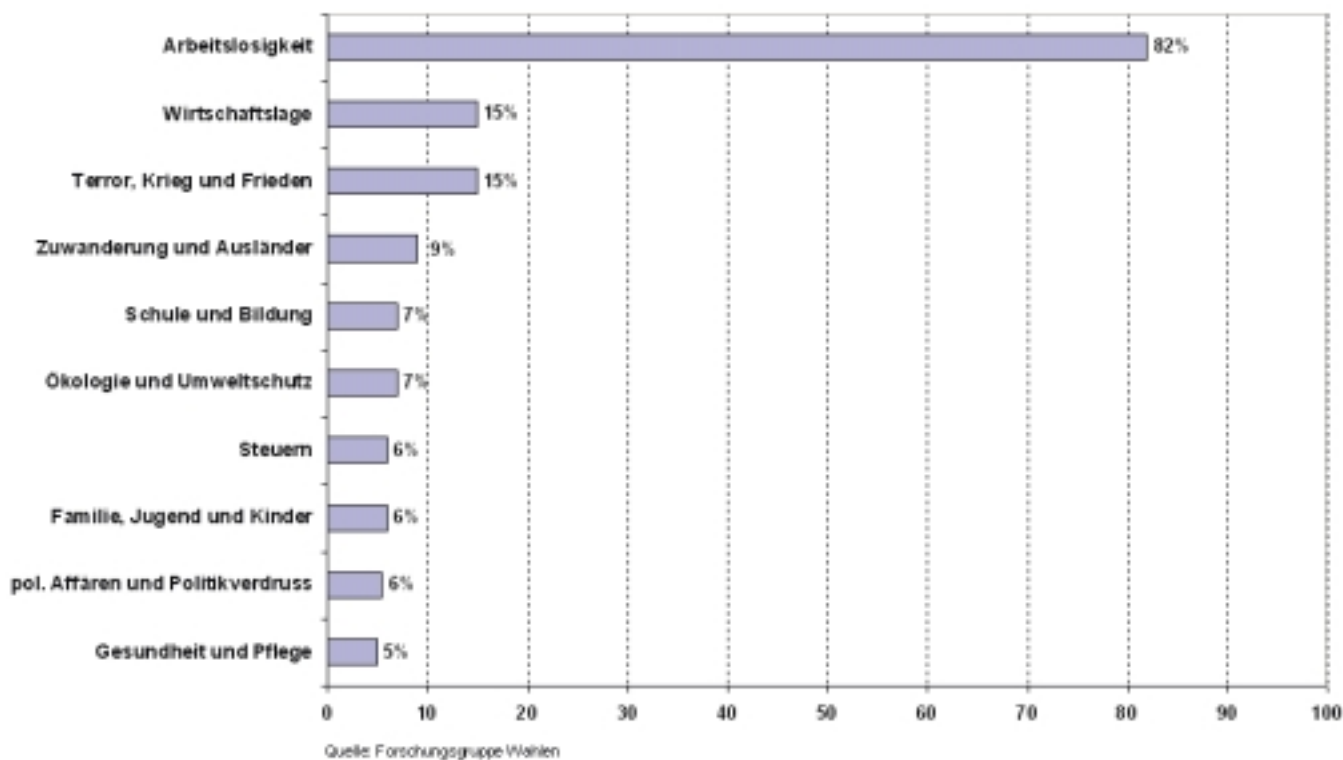


Abb. 12: Die wichtigsten Probleme in Deutschland im September 2002.

Die wichtigsten Probleme und die Problemlösungskompetenz der Parteien

Neben der Parteibindung und der Kandidatenorientierung haben die Sachthemen entscheidenden Einfluss auf die Wahlentscheidung. Damit diese sich auf die Wahlentscheidung auswirken können, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein: Die Wähler müssen das Thema wahrnehmen, es als relevant einstufen und es mit einer der Parteipositionen in Verbindung bringen (vgl. Campbell u.a. 1960; Downs 1957). Die Themenorientierungen umfassen demnach zwei Klassen von Einstellungen, die wahrgenommene Bedeutsamkeit politischer Sachfragen und die den Parteien zugewiesene Problemlösungskompetenz (Valenzissues³) beziehungsweise die Übereinstimmung zwischen der Parteipositionen und den Präferenzen der Wähler (Positionsissues⁴). In den folgenden Abschnitten beschränken wir uns darauf, den Zusammenhang zwischen der Problemlösungskompetenz und der Wahlabsicht auf dem Gebiet der Valenzissues zu untersuchen. Dies ergibt sich aus der Themenkonstellation im Verlauf des Wahljahres.

Im gesamten Wahljahr war die Arbeitsmarktpolitik das dominierende politische Thema in Deutschland (Abb. 12). Seit Oktober 2001 betrachteten die Bürger die Arbeitslosigkeit als das politische Pro-

blem, dessen Lösung am dringlichsten sei. Ende August 2002 stuften 78 Prozent der Befragten die Arbeitsmarktpolitik als das wichtigste politische Thema ein, wobei die Einschätzungen der Anhänger der verschiedenen Parteien in dieser Frage nicht divergierten (nicht abgebildet). Allerdings nahmen arbeitsmarktpolitische Fragen auf der politischen Agenda Ostdeutschlands eine noch dominantere Position ein als im Westen (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2002: 40). Dies ist in Anbetracht der prekären Situation des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern nicht überraschend. An der überragenden Bedeutung dieses Problems in den Medien und in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit konnte auch die kurzfristige Platzierung anderer Themen, zum Beispiel der Flutkatastrophe in Ostdeutschland oder der Beteiligung Deutschlands an Militäraktionen im Irak, nichts ändern.

Abgeschlagen auf den beiden Plätzen zwei und drei folgten im Wahlmonat die Wirtschaftspolitik sowie die Außen- und Sicherheitspolitik. Jeweils 15 Prozent der Befragten betrachteten dieses Politikfeld als die wichtigste politische Aufgabe.

Während die Wirtschaftslage schon seit dem Herbst 2001 auf der politischen Agenda stand, erlangte die Außenpolitik erst im Wahlmonat eine prominente Position in der Einschätzung der Wähler. Ur-

sächlich für diese ungewöhnlich große Bedeutsamkeit eines außenpolitischen Themas war die Debatte über die drohende Militärintervention der USA im Irak, die Bundeskanzler Schröder im zweiten Fernsehduell mit seinem Herausforderer Stoiber stark in den Vordergrund spielte. Auf Platz vier der Prioritätenliste folgte der Themenkomplex Zuwanderung und Ausländer, den jeder zehnte Befragte als ein wichtiges Problem einstufte. Weitere Themen waren die Schul- und Bildungspolitik, die Ökologie und der Umweltschutz und – im August 2002 – die Flutkatastrophe in Ostdeutschland. Trotz ihrer relativ geringen Bedeutung könnten die Themen Flutkatastrophe und Irak-Politik bei einzelnen Wählergruppen der rot-grünen Koalition Pluspunkte gegenüber der Opposition verschafft haben, weil sie den Regierungsparteien eine Gelegenheit boten, Handlungsfähigkeit und Entscheidungskraft zu demonstrieren beziehungsweise die Fokussierung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die Themen Wirtschaft und Arbeit zumindest zeitweise abschwächte (vgl. Graf/Neu 2002: 64).

samsten politischen Aufgabe, der Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, lag die Union mit 38 Prozent vor der SPD, der lediglich 29 Prozent die Lösung dieses Problems zutrauten. Vor dem Hintergrund der schlechten Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage und der negativen Einstufung der Arbeitsmarktsituation ist es besonders interessant, welcher Partei die größte Wirtschaftskompetenz zugesprochen wird. 36 Prozent der Befragten nannten die Union, 31 Prozent die SPD. Dabei hatte die CDU/CSU bis Juni 2002 einen deutlichen Vorsprung vor den Sozialdemokraten, die erst ab Mitte des Jahres langsam zur Union aufschlossen (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2002: 42). Außerdem attestierten die Wähler der Union bei den Themen Bildung und Innere Sicherheit die größere Kompetenz.

Auf den anderen Politikfeldern, etwa bei der Finanzpolitik, der Familienpolitik und dem Aufbau Ost, schnitt die SPD in der Einschätzung der Wähler besser ab als die Union. Die Umweltpolitik erwies sich einmal mehr als Domäne der Grünen. Überraschend kam das schlechte Abschneiden der PDS auf dem Themenfeld Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an das Westniveau.

Lediglich sieben Prozent der Befragten hielten die PDS auf diesem Gebiet für die kompetenteste Partei. Selbst im Osten führte die SPD mit 33 Prozent klar vor der Union mit 19 und der PDS mit 18 Prozent (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2002: 45). Das unerwartet gute Abschneiden der Sozialdemokraten auf dem Gebiet der Finanzpolitik dürfte unter anderem auf die Verschiebung der Steuerreform zurückzuführen sein, „die von der rot-grünen Bundesregierung noch vor der Wahl zur Finanzierung der durch das Hochwasser entstandenen Schäden auf den Weg gebracht wurde“ (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2002: 43).

In Einschätzung der Zukunftsfähigkeit ihrer Politik gelang es den Sozialdemokraten kurz vor der Wahl, an der Union vorbeizuziehen. Von Mitte Juli bis Anfang September konnte sie 13 Prozentpunkte hinzugewinnen (Juli II 2002: 25%; September 2002: 38%), während die CDU/CSU im gleichen Zeitraum von 35 auf 32 Prozent zurückfiel (vgl. Infratest dimap September 2002: 5). In den alten Bundesländern hatte die CDU/CSU (32%) einen leichten Vorsprung vor der SPD (29%), in den neuen Bundesländern verhielt es sich dagegen umgekehrt (SPD: 28%, CDU: 20%; nicht abgebildet).

Die Wichtigkeit von Sachthemen bildet die Basis für die Struktur der Wahlkampfagenda, jedoch kommt es für die politischen Parteien darauf an, sich gerade auf den wichtigen Themenfeldern als die im Vergleich mit ihren Konkurrenten kompetentere politische Alternative zu präsentieren. In dieser Hinsicht sind die politischen Parteien bereits seit einiger Zeit mit Problemen konfrontiert, die sich auch im Wahljahr 2002 ziemlich deutlich zeigten. Ein großer Teil der Bundesbürger artikuliert starke Zweifel an der Fähigkeit der Union und der Sozialdemokraten, die wichtigsten politischen Probleme zu lösen (Abb. 13). Bei der weitaus bedeut-

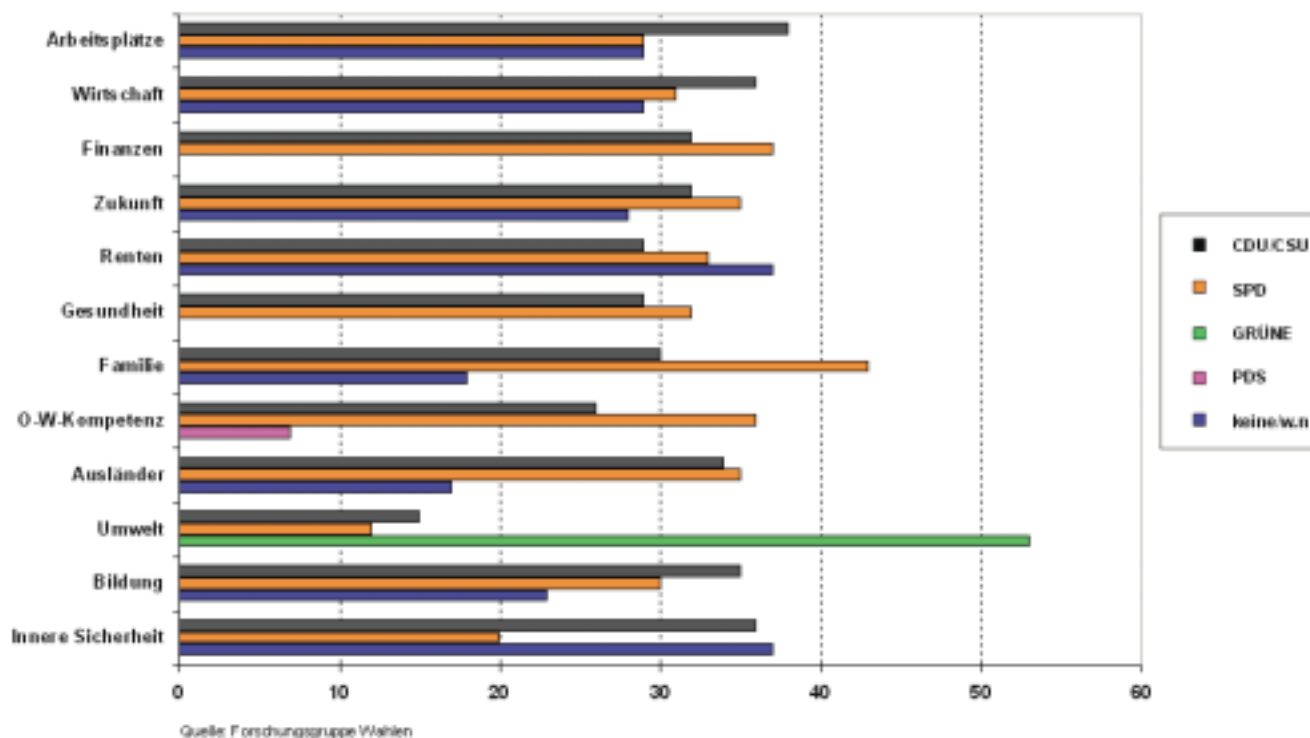


Abb. 13: Problemlösungskompetenz in der BRD im September 2002 (Angaben: %).

Welchen Einfluss hatte die Problemlösungskompetenz auf die Wahlabsicht? Wie Abbildung 14 zeigt, spielte die Kompetenzzuweisung vor allem bei den Volksparteien eine große Rolle für den Wahlentscheid, bei der Union war dies noch stärker ausgeprägt als bei der SPD. Von denjenigen Befragten, die der CDU/CSU die besseren Konzepte zur Lösung der Zukunftsprobleme attestierten, beabsichtigten 82 Prozent, bei der Bundestagswahl für die Union zu stimmen. Bei den Sozialdemokraten zeigte sich dieses Muster bei zwei Dritteln der Wähler. Die drei kleineren Parteien profitierten nur in begrenztem Maße von ihrer Problemlösungskompetenz, insbesondere die FDP und die PDS. Bei den Befragten, die keiner Partei die Lösung der Probleme in Deutschland zutraute, hatte die SPD mit fünf Prozentpunkten einen leichten Vorteil gegenüber der Union.

Die Wahrnehmung und Bewertung der Kanzlerkandidaten

Obwohl die Union bei zwei der wichtigsten Themen, die die Agenda vor der Wahl bestimmten, über einen Kompetenzvorsprung vor der SPD verfügte, reichte es nicht zu einem Wahlsieg. Offenbar spielten andere Faktoren eine mindestens so große Rolle für den Wahlentscheid, insbesondere die Bewertung der Spitzenkandidaten der Parteien. Wie die Themen werden auch die Kandidatenorientierungen nur unter bestimmten Voraussetzungen relevant: Zunächst muss der Wähler die Kandidaten kennen und sie korrekt ihren Parteien zuordnen.

In den letzten Jahren fanden die Kandidateneffekte in der Literatur eine zunehmende Aufmerksamkeit, und es wurde die These formuliert, die „Personalisierung“ des Wahlentscheides habe sich verstärkt. Dabei bezeichnet der Begriff Personalisierung zweierlei, erstens eine wachsende Bedeutung der Kandidatenorientierung für den Wahlentscheid und zweitens eine zunehmende Relevanz von Persönlichkeitsfaktoren der Kandidaten gegenüber ihren politischen Leistungen (vgl. Gabriel/Vetter 1998).

Auch im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 war von einer zunehmenden Amerikanisierung und Personalisierung der Politik die Rede, die vor allem auf Köpfe und weniger auf Programme setzte. Die Berichterstattung in den Medien über die beiden TV-Duelle zwischen den beiden Kanzlerkandidaten oder die Zweitstim-

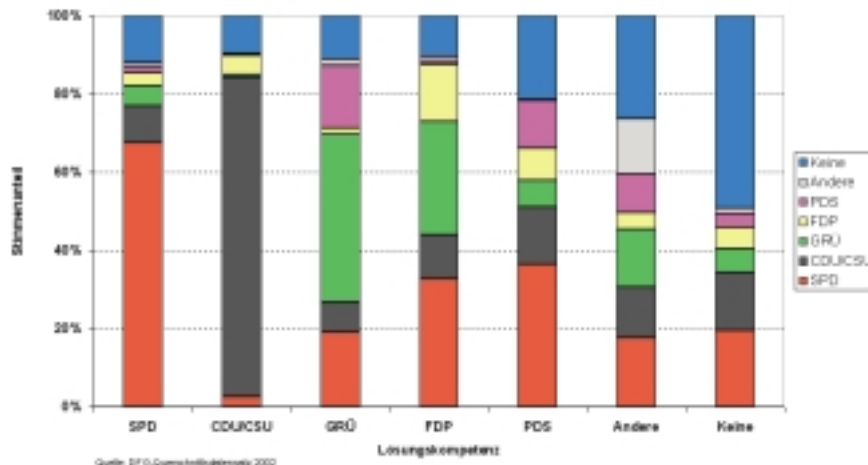


Abb. 14: Problemlösungskompetenz und Wahlabsicht in der BRD, 2002 (Angaben: %).

menkampagne der Grünen, die mit dem Slogan „Zweitstimme ist Joschkastimme“ warben, verstärkten diesen Eindruck. Wenn die Bürger ihre Wahlentscheidung alleine oder auch nur vorrangig von der Bewertung der Kandidaten abhängig gemacht hätten, dann wäre der Wahlerfolg der SPD mit Sicherheit weniger knapp ausgefallen. Diese Annahme kann sich auf eine sehr breite empirische Evidenz stützen.

Bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers hätten sich die Bürger eindeutig für Gerhard Schröder und gegen Edmund Stoiber entschieden. Während des gesamten Jahres konnte Schröder einen starken Kanzlerbonus für sich verbuchen, wohingegen Stoiber es weder in den alten noch in den neuen Bundesländern gelang, auch nur in die Nähe der von Schröder erzielten Umfragewerte zu kommen. Mit dem Herannahen des Wahltages weitete sich der Vorsprung von Schröder vor Stoiber vor allem in Ostdeutschland immer mehr aus. Von den Wählern in den neuen Bundesländern sprachen sich im Februar 2002 42 Prozent für den Kandidaten der Unionsparteien aus, im September dagegen nur noch 20 Prozent. Im Wahlmonat lag zwischen beiden Kanzlerkandidaten in Westdeutschland ein Abstand von 31 Prozentpunkten, in Ostdeutschland betrug er sogar 45 Prozent und war somit im Vergleich mit vorangegangenen Bundestagswahlen ungewöhnlich groß (Abb. 15). Gleichzeitig nahm der Anteil der Unentschiedenen mit dem Näherrücken des Wahltermins ab. Im Lager der SPD-

Wähler konnte sich Gerhard Schröder bei der Frage nach dem bevorzugten Bundeskanzler auf eine nahezu einstimmige Zustimmung stützen (98%), während die Unterstützung Edmund Stoibers durch die Unionswähler deutlich schwächer ausfiel (82%) und elf Prozent der Unions-Anhänger Gerhard Schröder weiterhin im Kanzleramt sehen wollten (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2002: 34f.).

Alles in allem schnitt Schröder auch bei der Bewertung einzelner Kandidateneigenschaften besser ab als sein Herausforderer. Dennoch ergibt sich hier ein differenziertes Profil der beiden Bewerber (Abb. 16). Bei sechs von acht Kandidatenmerkmalen hatte Schröder in der Wahrnehmung der Wähler einen Vorsprung vor Stoiber. Vor allem bei den „weichen“ Faktoren Glaubwürdigkeit, Sympathie und Siegertyp übertraf Schröder seinen Herausforderer bei weitem. In punkto Sympathie konnte Schröder seinen Vorteil im Verlauf des Wahljahres sogar noch ausbauen (nicht abgebildet).

Wechselwirkungen ■
 Jahrbuch 2003 ■

wiesen Schröder mehrheitlich dieses Attribut zu. Dabei hatte Stoiber noch am Anfang des Jahres, nachdem er sich gegenüber Angela Merkel als Kanzlerkandidat von CDU/CSU durchgesetzt hatte, gleichauf mit Schröder gelegen (je 29%) (vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2002: 37). Im Vergleich mit Stoiber

schätzten die Wähler den amtierenden Bundeskanzler nicht nur als sympathischer und erfolgreicher, sondern auch als glaubwürdiger ein (40 zu 20%). Ein großer Teil der Wähler, nämlich 38 Prozent, sahen in dieser Hinsicht allerdings keinen Unterschied zwischen den beiden Bewerbern.

Während sechs von zehn Befragten Gerhard Schröder für einen Siegertyp hielten, glaubten dies nur 23 Prozent von Edmund Stoiber. Selbst die Unionswähler

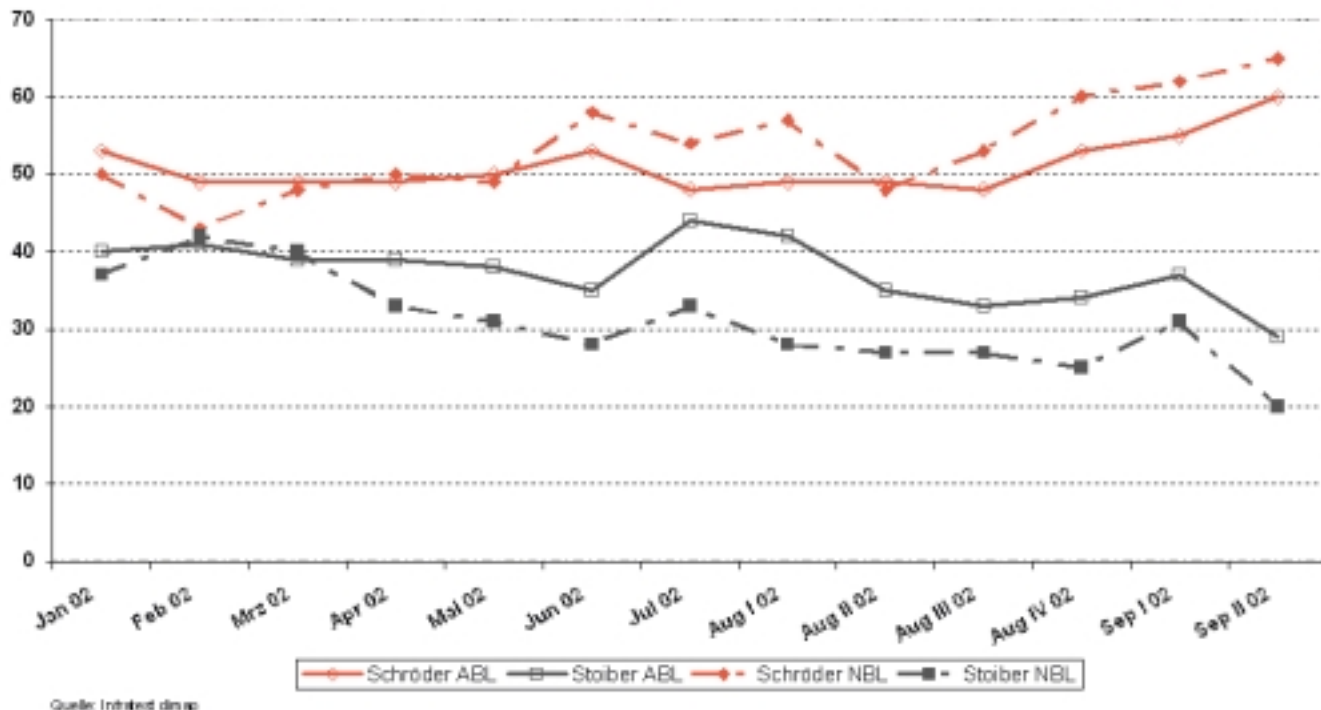


Abb. 15: Entwicklung der Kanzler-Direktwahl im Ost-West-Vergleich, Januar - September 2002 (Angaben: %).

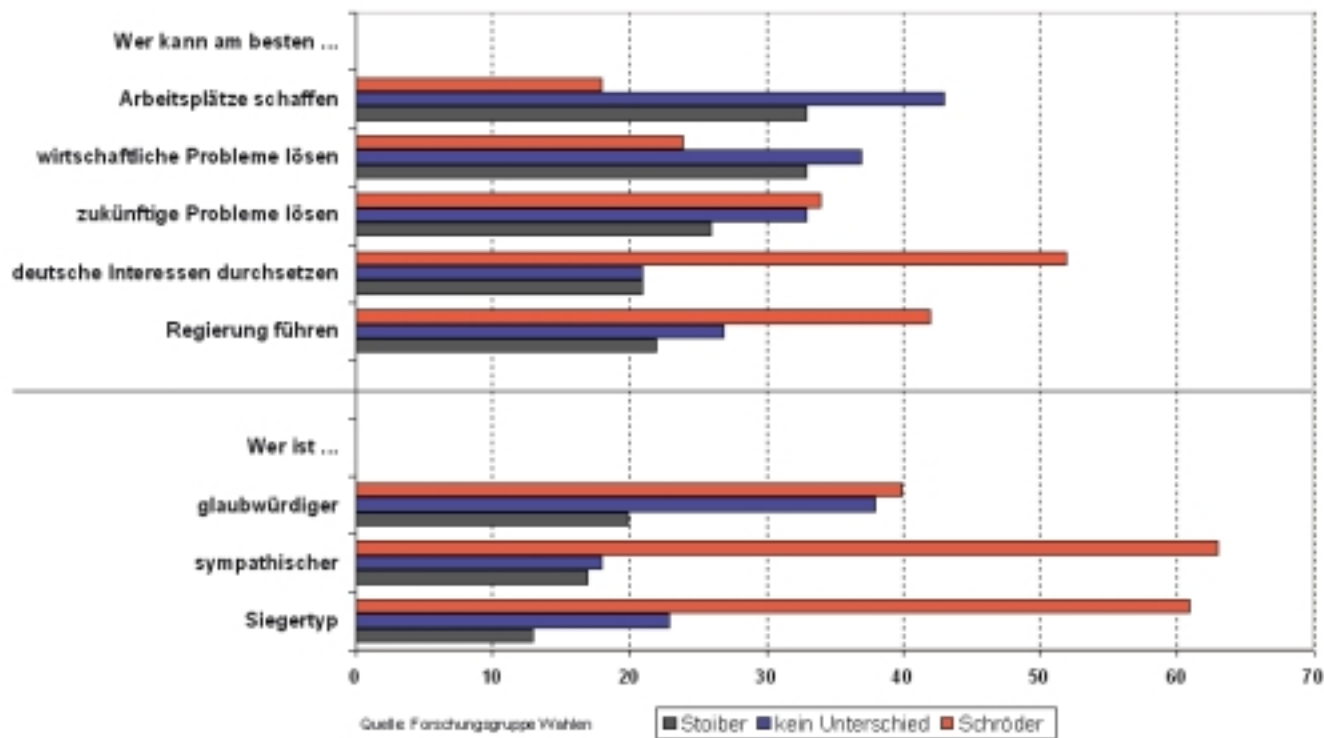


Abb. 16: Profile der Kanzlerkandidaten im September 2002 (Angaben: %).

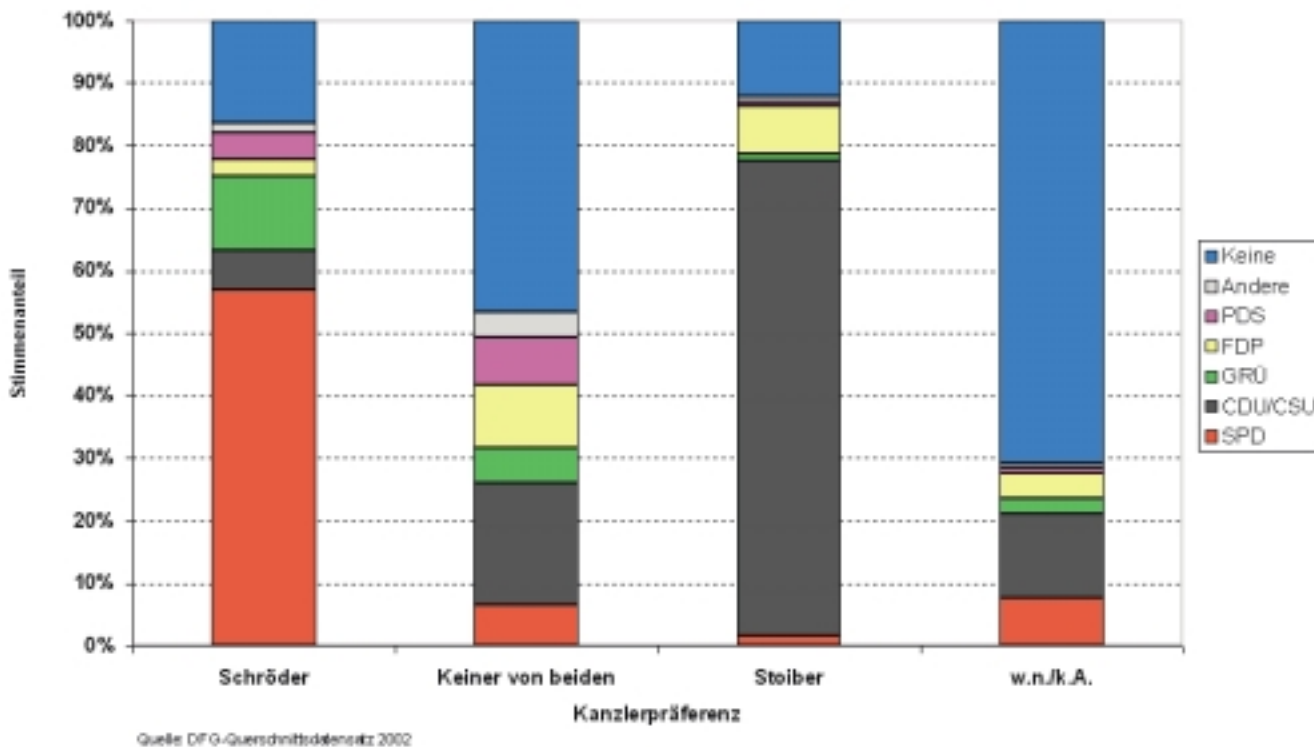


Abb. 17: Kanzlerpräferenz und Wahlabsicht in der BRD, 2002 (Angaben: %).

Ein Vorsprung Schröders vor Stoiber ergab sich aber nicht nur bei den „weichen Faktoren“, sondern auch bei einigen Aspekten der Leistungsbewertung. Ein Drittel der Bürger vertrat die Ansicht, Schröder könne die zukünftigen Probleme besser lösen als Stoiber, allerdings zweifelte ein Drittel der Befragten an den Zukunftskonzepten beider Kandidaten. Wesentlich größer war der Vorsprung Schröders gegenüber Stoiber bei der Fähigkeit, die deutschen Interessen im Ausland zu vertreten und bei der Bewertung der Führungskompetenz. Lediglich bei der Einschätzung der Problemlösungsfähigkeit in der Arbeitsmarkt- und der Wirtschaftspolitik hatte Schröder gegenüber Stoiber das Nachsehen. Dabei handelte es sich um zwei Themenfelder, die die Spitzenplätze auf der politischen Agenda einnahmen.

Erwartungsgemäß fördert eine positive Bewertung der Kandidaten die Wahl der entsprechenden Partei (Abb. 17). Jedoch verfügte Schröder über das eigene politische Lager hinaus über eine weitaus größere Anziehungskraft als sein Mitbewerber. Während drei Viertel der Wähler, die dem Unions-Kanzlerkandidaten den Vorzug gegenüber dem Bundeskanzler gaben, die Absicht zur Wahl der CDU/CSU bekundeten, kam die SPD in

der Gruppe der Schröder-Anhänger lediglich auf 57 Prozent. Bei den Befragten, die sich für keinen der beiden Spitzenkandidaten entscheiden konnten oder wollten, war der Anteil potenzieller Nichtwähler besonders hoch, umgekehrt schnitt Stoiber in der Gruppe der möglichen Nichtwähler etwas besser ab als Schröder.

Das Zusammenwirken von Parteiidentifikation, Themen- und Kandidatenorientierung

Da die Parteiidentifikation, Themen- und Kandidatenorientierung nicht unabhängig voneinander Einfluss auf die Wahlentscheidung ausüben, ist es mit gewissen Schwierigkeiten verbunden, die Auswirkungen der einzelnen Faktoren genau zu bestimmen (vgl. Gabriel 2001). Personen mit einer starken Parteibindung beurteilen im Normalfall die Lösungskompetenz und den Kandidaten ihrer Partei besonders positiv. Bei einer Inkongruenz von Parteiidentifikation, Issue- und Kandidatenorientierung steigt die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl oder Wechselwahl (vgl. Dalton/Wattenberg 1993). Die Relevanz der kurzfristig wirksamen Determinanten hängt folglich davon ab, „ob sie durch eine vorhandene Parteineigung gefärbt sind, ob sie dieser entgegenstehen

oder ob sie – wegen des Fehlens einer Parteiidentifikation – die alleinigen Einflussfaktoren darstellen“ (vgl. Gabriel/Thaidigsmann/Völkl 2002: 156).

In der folgenden Analyse beschränken wir uns auf die Untersuchung der Absicht zur Wahl der Union und der Sozialdemokraten. Hierfür sprechen zwei Gründe: Einerseits sind aufgrund der geringen Fallzahlen und der daraus resultierenden ungünstigen Verteilung bei den relevanten Einflussfaktoren bei den kleineren Parteien keine verlässlichen Aussagen möglich. Andererseits konzentriert sich die Aufmerksamkeit bei Bundestagswahlen ohnehin auf die Kanzlerkandidaten der beiden Volksparteien, so dass in den Augen der Wähler häufig der Eindruck entsteht, Bundestagswahlen seien in ihrer politischen Wirkung de facto Kanzlerwahlen. Zudem gelang es den kleinen Parteien in der Wahrnehmung der Bürger nicht, ein klares Kompetenzprofil zu entwickeln. Die einzige Ausnahme bildete die hohe Kompetenz der Grünen auf dem Gebiet der Umweltpolitik.

Die in Tabelle 1 enthaltenen Daten geben einen Überblick über den gleichzeitigen Effekt der Parteiidentifikation, der Themen- und der Kandidatenorientierungen auf die Wahrscheinlichkeit, die Union oder die SPD zu wählen. Wenn eine Partei auf allen drei Dimensionen positiv abschneidet, dann tendiert die Wahrscheinlichkeit gegen 1, im Falle einer negativen Bewertung dagegen gegen 0. Welche Rolle jede einzelne Größe im Gesamtmodell spielt und wie sich die Wahrscheinlichkeit im Falle inkongruenter Orientierungen darstellt, lässt sich nur empirisch bestimmen.

Insgesamt lässt sich die Wahlabsicht für die CDU/CSU mit Hilfe der Einflussfaktoren des Michigan-Modells besser erklären als die Stimmabgabe für die SPD. Das Modell zur Bestimmung der Unionswahl bindet 74 Prozent Varianz, das der SPD zehn Prozentpunkte weniger (Tabelle 1). Dabei treten – von kleineren Abweichungen abgesehen – annähernd gleichförmige Muster des Wahlverhaltens von CDU/CSU- und SPD-Anhängern auf. Den größten Einfluss auf die Wahlabsicht übt die Parteiidentifikation aus, gefolgt von der Problemlösungskompetenz und der Kandidatenbewertung. Dabei ist die größere Erklärungskraft der CDU/CSU-Wahlabsicht auf den stärkeren Effekt der Parteibindung bei den Unions-Anhängern zurückzuführen (tabellarisch nicht ausgewiesen).

Wie erwartet, schneiden die CDU/CSU und die SPD besonders gut ab, wenn die Parteiidentifikation, die Themen- und Kandidatenorientierung in die gleiche positive Richtung wirken. Die Wahrscheinlichkeit der Union beträgt dann 94 Prozent, die der SPD 92 Prozent. Das heißt, dass neun von zehn Wählern, die sich der Union beziehungsweise der SPD als politischer Partei verbunden fühlen, ihre Problemlösungskompetenz positiv bewerten und ihrem Kanzlerkandidaten den Vorzug geben, für die Partei votieren. Am entgegengesetzten Pol finden wir die Personen, die sich weder mit der Union oder der SPD identifizieren noch ihr die Kom-

petenz zur Lösung politischer Probleme zusprechen und zudem nicht den Spitzenkandidaten der Partei präferieren. In diesen Gruppen erreichen CDU/CSU und SPD lediglich ein Prozent der möglichen Stimmen. Die Effekte der drei Komponenten des sozialpsychologischen Modells lassen sich zwischen diesen beiden Polen verorten und aus den in Tabelle 1 enthaltenen Werten berechnen. Beispielsweise beabsichtigen nur 36 Prozent der Befragten, die der CDU/CSU zuneigen, aber einer anderen Partei die Lösung der wichtigsten politischen Probleme zutrauen und Schröder als Bundeskanzler den Vorzug geben, dieser Partei ihre Stimme zu geben. Eine Präferenz für Edmund Stoiber als Bundeskanzler erhöht die Wahrscheinlichkeit zur Wahl der Union um 39 Punkte auf 75 Prozent. Bei den Wählern, die der Union zusätzlich zutrauen, die wichtigsten politischen Probleme zu lösen, steigt die Wahrscheinlichkeit abermals um 19 Prozentpunkte auf 94 Prozent. Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei den Personen, die beabsichtigen, die

SPD zu wählen. Die Wahrscheinlichkeit beträgt bei den Befragten, die sich der sozialdemokratischen Partei verbunden fühlen, jedoch eine andere Partei als kompetenter einstufen und gleichzeitig Stoiber als Bundeskanzler präferieren, lediglich zwölf Prozent. Bei einer Präferenz für Gerhard Schröder als Bundeskanzler erhöht sich Wahrscheinlichkeit um deutliche 51 Prozentpunkte auf 63 Prozent. Kommt noch eine Problemlösungskompetenz für die SPD hinzu, steigt die Wahrscheinlichkeit sogar auf 92 Prozent.

Zusammenfassung

Die Stimmabgabe bei Bundestagswahlen wird durch ein Zusammenspiel verschiedener Komponenten beeinflusst. Das Michigan-Modell weist der Parteibindung, den Themen- und Kandidatenorientierungen die entscheidende Rolle als Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung zu. In der Logik dieses Modells sind Bun-

Tabelle 1: Sozialpsychologische Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens bei der Bundestagswahl 2002 (Varianzanalysen; Angaben: %)

Parteiidentifikation	Problemlösungskompetenz	Kanzlerpräferenz	CDU/CSU	SPD
Andere	Andere	Schröder	1	11
		Keiner	0	0
		Stoiber	0	1
Andere	Keine/Alle	Schröder	2	16
		Keiner	8	6
		Stoiber	30	0
Andere	CDU/CSU bzw. SPD	Schröder	15	42
		Keiner	20	0
		Stoiber	70	0
Keine	Andere	Schröder	2	27
		Keiner	7	4
		Stoiber	38	3
Keine	Keine/Alle	Schröder	16	53
		Keiner	22	15
		Stoiber	83	6
Keine	CDU/CSU bzw. SPD	Schröder	60	82
		Keiner	69	75
		Stoiber	87	17
CDU/CSU bzw. SPD	Andere	Schröder	36	63
		Keiner	76	81
		Stoiber	75	12
CDU/CSU bzw. SPD	Keine	Schröder	85	79
		Keiner	75	77
		Stoiber	89	0
CDU/CSU bzw. SPD	CDU/CSU bzw. SPD	Schröder	91	92
		Keiner	93	60
		Stoiber	94	0
R ²			.74	.64

Quelle: DFG-Querschnittsdatensatz; Eigene Berechnungen

destagswahlen bestenfalls auch, aber keineswegs ausschließlich, Kanzlerwahlen, und diese Einschätzung bestätigte sich anlässlich der Bundestagswahl 2002 einmal mehr.

Bis zum August 2002 hatten alle Umfragen der Union gute Chancen für einen Wahlerfolg attestiert. Sie verfügte bei den wichtigen Themen über einen Kompetenzvorsprung, die Wähler bewerteten die Regierungsarbeit ebenso schlecht wie die wirtschaftliche Lage, die Mehrheit der Bundesbürger rechnete noch im Sommer mit einem Wahlerfolg der Opposition. Als mögliche Schwachstelle der Union allerdings erwies sich der Kanzlerkandidat, der in der Popularitätsbewertung immer mehr oder weniger deutlich hinter dem Bundeskanzler lag. Wie war es trotz dieser ungünstigen Ausgangslage zu erklären, dass die Regierung am Ende doch noch einen knappen Wahlerfolg verbuchte?

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich in der Wählerschaft im September ein Stimmungsumschwung vollzog, den Umfrageforscher als „Last-Minute-Swing“ charakterisieren. Auch wenn die Wähler die Union im Vergleich mit der SPD als die kompetentere Alternative einschätzten, war doch ihr Vorsprung nicht groß und es gab einen auffallend großen Anteil unter den Wählern, die weder der Regierung noch der Opposition die Fähigkeit zutrauten, die wichtigsten politischen Probleme zu lösen. Hinzu kam, dass die Regierung in der Flutkatastrophe in Ostdeutschland Handlungsfähigkeit demonstrierte und durch ihre klare Absage an ein militärisches Engagement im Irak zumindest kurzfristig ein Thema besetzte, das die wirtschaftliche Malaise in den Hintergrund treten ließ und zu dem die Opposition auch keine überzeugende Alternative zu bieten hatte. Selbst wenn der Wechsel der politischen Agenda nicht unmittelbar der SPD zu Gute kam, stabilisierte er die Regierung. Das dezidierte Eintreten gegen Militäraktionen stärkte die Grünen und schwächte die PDS, deren Ausscheiden aus dem Bundestag eine notwendige Bedingung der Fortsetzung der rot-grünen Koalition war. Sachfragen spielten in zweifacher Hinsicht eine Rolle für den Wahlausgang: Die Union vermochte es nicht, ihren Kompetenzvorsprung in Wählerstimmen umzuwandeln, und das Regierungslager profitierte von sehr kurzfristig wirksamen Faktoren. Unter dem Gesichtspunkt der Themenorien-

tierungen war das Wahlergebnis kein Erfolg der Regierung, sondern eher das Produkt der Schwäche der Opposition, einschließlich der PDS.

Auch wenn der Einfluss des Kandidatenfaktors in der öffentlichen Diskussion überschätzt wird: Mit einem weniger populären Kanzlerkandidaten wäre den Regierungsparteien der Erfolg versagt geblieben. Zu keinem Zeitpunkt war der Spitzenkandidat der Opposition, Ministerpräsident Stoiber, auch nur halbwegs so angesehen wie der amtierende Kanzler. Insbesondere in Ostdeutschland stieß er auf große Vorbehalte, und mit dem Näherrücken des Wahltermins baute Bundeskanzler Schröder seinen Vorsprung vor seinem Herausforderer immer deutlicher aus. Ansätze für ein personalisiertes Wahlverhalten zeigen sich insofern, als insbesondere die persönlichen Eigenschaften, weniger die Performanz, stark zu Gunsten Schröders zu Buche schlugen.

Last, but not least: Die Bundestagswahl wurde in den neuen Ländern entschieden. Das Ausscheiden der PDS aus dem Bundestag sicherte der Koalition die Mehrheit der Bundestagsmandate, die sie im Falle eines PDS-Erfolges nicht erreicht hätte. Zudem konnte die SPD nur in den neuen Ländern die für den Wahlerfolg benötigten Stimmengewinne erzielen. In den alten Bundesländern verfügten die Union und die FDP über einen knappen Vorsprung. Für den Wahlerfolg reichte dies aber nicht aus, weil die FDP ihre (ohnehin unrealistischen) Wahlziele weit verfehlte und weil die Union im Vergleich mit 1998 zwar deutlich besser abschnitt, jedoch weit unter ihren früheren Wahlergebnissen lag. Trotz der spannenden Ausgangslage war schließlich kein Anstieg der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Im Zusammenspiel mit vielen anderen Daten weist dies auf ein Charakteristikum der Bundestagswahl 2002 hin: Keine der Parteien präsentierte sich den Wählern als eine überzeugende Alternative, das knappe Wahlergebnis reflektierte vielmehr die Einschätzung, dass der Ausgang der Wahl vielen Wählern gleichgültig gewesen sein dürfte.

Anhang

Daten der Forschungsgruppe Wahlen:
Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage: Wie bewerten Sie die gegenwärtige allgemeine Wirtschaftslage? Gut, teils/teils, schlecht.
Vermuteter Wahlsieger: Die Bundestagswahl gewinnt die Regierung (SPD) oder die Opposition (CDU/CSU)?
Koalitionspräferenz: Welche Koalition wäre Ihnen am liebsten, wenn keine der Parteien bei der nächsten Bundestagswahl die absolute Mehrheit erhält? SPD + Grüne, CDU/CSU + FDP, CDU/CSU + SPD, SPD + FDP.
Wichtigste Probleme: vorgabefrei gestellt, mit maximal zwei Nennungen
Kandidateneigenschaften: Schröder und Stoiber: Wer kann am besten ... Arbeitsplätze schaffen, wirtschaftliche Probleme lösen, zukünftige Probleme lösen, deutsche Interessen durchsetzen, Regierung führen? Wer ist ... glaubwürdiger, sympathischer, Siegertyp? Schröder, Stoiber, kein Unterschied.

Daten von Infratest dimap:
Zufriedenheit mit der Bundesregierung: Wie zufrieden sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung? Sind Sie damit sehr, ziemlich, weniger oder gar nicht zufrieden.
Bewertung der Opposition: Könnte eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen, oder wäre sie dazu nicht in der Lage?
Wahlabsicht: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre? SPD, CDU/CSU, Grüne, FDP, PDS, Sonstige.
Wichtigste Probleme: Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten politischen Probleme in Deutschland, die vordringlich gelöst werden müssen? (Mehrfachnennung)
Kanzler-Direktwahl: Wenn man den Bundeskanzler direkt wählen könnte, für wen würden Sie sich entscheiden? Schröder, Stoiber.

DFG-Querschnittsdatensatz von 2002:
Wahlabsicht: Am 22. September findet die nächste Bundestagswahl statt. Bei der Bundestagswahl können Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei. Diese Liste hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten. Wenn Sie wählen würden, wie würden Sie dann auf Ihrem Stimmzettel ankreuzen. Bitte nennen Sie mir die Kennziffer für Ihre Zweitstimme.
CDU/CSU (1), SPD (2), Bündnis 90/Die Grünen (3), FDP (4), PDS (5), Republikaner (6), ÖDP (6), Graue (6), Schill-Partei (6), NPD (6), andere Partei (6), nicht gewählt (7), nicht wahlberechtigt (7), weiß nicht (7), Antwort verweigert (7).
Wahlabsicht-SPD: SPD (1), Keine (0), Andere Partei (-1)
Wahlabsicht-CDU/CSU: CDU/CSU (1), Keine (0), Andere Partei (-1).

Downs, Anthony 1957: An Economic Theory of Democracy. New York: Harper and Row

Falter, Jürgen W. 1977: Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen? In: Kaase, Max (Hg.): Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1976. Opladen: Westdeutscher Verlag, 476-500

Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2002: Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002. Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

Gabriel, Oscar W. 2001: Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hg.): Parteidemokratie in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, 233-254

Gabriel, Oscar W./Thaidigsmann, Isabell/Völkl, Kerstin 2002: Alles bleibt so wie es war! Erklärungsfaktoren für die Wählerentscheidung bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2001. In: Schmid, Josef/Griese, Honza (Hg.): Wahlkampf in Baden-Württemberg. Opladen: Leske + Budrich, 153-172

Gabriel, Oscar W./Vetter, Angelika 1998: Bundestagswahlen als Kanzlerwahlen? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidungen im parteienstaatlichen Parlamentarismus. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Opladen: Westdeutscher Verlag, 505-536

Graf, Jutta/Neu, Viola 2002: PolitikKompass. Analyse der Bundestagswahl vom 22. September 2002. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung

Infratest dimap 2002: Deutschland Trend September 2002. Berlin: Infratest dimap

Roth, Dieter/Jung, Matthias 2002: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 49-50, 3-17

Parteiidentifikation: Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher? Bitte nennen Sie nur den Buchstaben von der Liste. CDU (1), CSU (1), SPD (2), FDP (3), Bündnis 90/Die Grünen (4), PDS (5), Republikaner (6), DVU (6), andere Partei (6), neige keiner Partei zu (7). PLK-SPD: SPD (1), Keine (0), Andere Partei (-1) PLK-CDU/CSU: CDU/CSU (1), Keine (0), Andere Partei (-1)
Problemlösungskompetenz: Index aus erst- und zweitwichtigstem Problem: Das für Sie (zweit-)wichtigste Problem ist ... Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses Problem zu lösen? CDU (bzw. CSU) (1), SPD (2), FDP (3), Bündnis 90/Die Grünen (4), PDS (5), Republikaner (6), Schill-Partei (6), andere Partei (6), alle gleich (7), keine (7). PLK-SPD: SPD (1), Alle/Keine (0), Andere Partei (-1) PLK-CDU/CSU: CDU/CSU (1), Alle/Keine (0), Andere Partei (-1)
Kanzlerpräferenz: Nun wüsste ich gerne folgendes von Ihnen: Gerhard Schröder und Edmund Stoiber sind ja die Kanzlerkandidaten der beiden großen Parteien. Welchen von beiden hätten Sie nach der Bundestagswahl lieber als Bundeskanzler? Gerhard Schröder (1), Edmund Stoiber (2), Keinen von beiden (3), weiß nicht (4), Antwort verweigert (4). Kanzlerpräferenz: Gerhard Schröder (1), Keinen von beiden (0), Edmund Stoiber (-1).

Anmerkungen

¹ Überhangmandate entstehen bei der Bundestagswahl in Ländern, in denen einer Landesliste weniger Mandate nach Zweitstimmen zustehen als sie (aufgrund ihrer Erststimmen) Direktmandate erhalten hat. Diese „Überhangmandate“ verbleiben bei der Partei (vgl. <http://www.wahlrecht.de/ueberhang/index.html>).

² Die Angaben basieren auf der von der Forschungsgruppe Wahlen durchgeführten Umfrage vor der Wahl im September 2002.

³ Bei Valenzissues stimmt die Wählerschaft in der Bewertung des anzustrebenden Ziels überein. Dies trifft auf Themen wie stabile Preise oder Vollbeschäftigung zu (vgl. Gabriel 2001).

⁴ Bei Positionsissues hingegen steht die Unterstützung oder Ablehnung bestimmter Ziele zur Debatte, zum Beispiel die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs oder die Ausweitung der Kompetenzen der EU (vgl. Gabriel 2001).

Literatur

Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. 1960: The American Voter. New York, London, Sidney: John Wiley and Sons

Converse, Philip E. 1969: Of Time and Partisan Stability. In: Comparative Political Studies 2, 139 - 171

Dalton, Russel J./Wattenberg, Martin 1993: The Not So Simple Act of Voting. In: Finifter, Ada W. (Hg.): Political Sciences: The State of the Discipline II. Washington D.C.: American Political Science Association, 194-218



**Prof. Dr. rer. pol.
Oscar W. Gabriel**

Jahrgang 1947, studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Geschichte an den Universitäten Mainz und Hamburg, Diplom-Politologe an der Universität Hamburg (1972), Promotion zum Dr. rer. pol. im Fach Soziologie an der Universität Hamburg (1975), Habilitation im Fach Politikwissenschaft an der Universität Mainz (1983). 1973-1992 Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Professor an mehreren Universitäten und Forschungseinrichtungen. Seit April 1992 ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart und Direktor am Institut für Politikwissenschaft beziehungsweise Sozialwissenschaften. Seit 2000 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates von ZUMA e.V., Mannheim, seit 2002 Geschäftsführender Redakteur der Politischen Vierteljahresschrift. Mitverantwortlicher für die Durchführung der Deutschen Wahlstudien 1998 und 2002. Mitarbeit in zahlreichen nationalen und internationalen Forschungsprojekten.



Kerstin Völkl, M. A.

Geboren 1976, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik an der Universität Stuttgart. Seit Oktober 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politische Systeme und Politische Soziologie, der Universität Stuttgart. Lehrveranstaltungen in den Teilbereichen „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“ und „Analyse und Vergleich politischer Systeme“. Forschungsschwerpunkte sind die Bereiche Wahl- und Einstellungsforschung. Mitarbeit bei verschiedenen Projekten, „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, „Zeitbudgetstudie“, etc. Thema der Dissertation (Arbeitstitel): Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen.